© istockphoto

Prioritäten des **EWSA** während des **luxemburgischen EU-Ratsvorsitzes**

Juli – Dezember 2015

GROSSHERZOGTUM

Vorsitz des Rates Europäischen Union . luxemburg

Europäischer Wirtschafts-und Sozialausschuss

Geleitwort des Präsidenten

Mit Luxemburg übernimmt ein Gründungsmitgliedstaat den Ratsvorsitz, der zum einen Sitz von EU Institutionen und zum anderen zu einer Bastion des "Europas der Mitte" geworden ist, Keimzelle der Europäischen Union von heute. Das Großherzogtum wird seine einzigartige Erfahrung als erfolgreiches Beispiel nicht nur für eine echte Integration in Europa, sondern auch für die Integration von Europa im eigenen Land sicherlich einzubringen wissen.

Die Prioritäten der finanziellen Stabilität – Wachstum, Beschäftigung und digitaler Binnenmarkt – dienen nur einem Ziel, nämlich dem Aufbau eines Europas der Bürger für alle Bürgerinnen und Bürger. Wie ich weiß, will der luxemburgische Vorsitz einen besonderen Schwerpunkt auf die menschliche, soziale und solidarische Dimension der Union und ihres Binnenmarkts legen – ein dringendes Gebot, wenn wir wollen, dass das europäische Aufbauwerk von den in erster Linie Betroffenen – nämlich den Menschen in Europa – verstanden, akzeptiert und mitgetragen wird.

Der luxemburgische Vorsitz findet daher mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) einen aktiven und engagierten Partner, wie der Ausschuss in den seit vielen Jahren gepflegten und sehr engen Beziehungen zum Großherzogtum immer wieder bewiesen hat. Dieses Engagement des EWSA erstreckt sich insbesondere auf die Kernthemen des Arbeitsprogramms dieses Vorsitzes:

- **Aufbau eines sozialeren Europas.** Der Binnenmarkt ist kein Selbstzweck; er muss für die Entfaltung der wirtschaftlichen Freiheiten und des freien Wettbewerbs als Wirtschaftsmotoren sorgen und gleichzeitig dem sozialen Fortschritt dienen, der von allen und für alle Bürgerinnen und Bürger der Union erwartet wird. Es ist sehr wichtig, dass die Unionsbürger dieses soziale Europa im Alltag leben, vor allem wenn das Projekt Europa angesichts des überall in Europa zunehmenden Populismus eine Zukunft haben soll.
- **Entwicklung der digitalen Kompetenzen.** Durch die Bearbeitung dieses breiten Aufgabenfeldes kann Europa den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden, insbesondere vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs. Das europäische Handeln muss darauf ausgerichtet sein, die Bürger ganz konkret – im Einklang mit den vier Grundfreiheiten als wirtschaftliche, soziale und politische Akteure – in den Mittelpunkt des digitalen Binnenmarkts zu stellen.
- **Investitionen in Frauen und Männer.** Die Welt ist im Wandel und ebenso Europa. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger, dass sie die erforderlichen Kompetenzen erwerben müssen, um sich an diese unumgänglichen Veränderungen anzupassen. Die berufliche Bildung ist hier ein grundlegendes Instrument, das sich weiterentwickeln, eng auf die Branchen mit Beschäftigungspotenzial abgestimmt werden und wirkliche Perspektiven eröffnen muss.
- **Neue Impulse für die Solidar- und Sozialwirtschaft.** Die Sozialwirtschaft und das soziale Unternehmertum sind vielversprechende Faktoren für den wirtschaftlichen Aufschwung und für den sozialen Zusammenhalt in Europa. Während diese Themen in den Überlegungen der Europäischen Kommission erstaunlicherweise nicht berücksichtigt wurden, begrüßt der Ausschuss, dass der luxemburgische Vorsitz ihnen die gebührende Bedeutung beimisst.

Als Beispiel für eine erfolgreiche europäische Integration und für wirtschaftliche Dynamik wird Luxemburg während seines gesamten EU-Ratsvorsitz Gelegenheit haben, die Entwicklung der Union und des Binnenmarkts mitzuprägen. Die Prioritäten Luxemburgs sind realistisch und realisierbar. Sie sind auf ein Europa der Bürger ausgerichtet. Und genau das brauchen wir heute.

Henri Malosse
Präsident des EWSA

Der luxemburgische Wirtschafts- und Sozialrat – ein natürlicher Verbündeter des EWSA

Die Zusammenarbeit mit dem luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) hat eine lange Tradition. In den 2000er Jahren wurde das Netz CESlink der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte der EU eingerichtet, und der luxemburgische WSR war unmittelbar an diesem Prozess beteiligt. Zudem ist er direkt in die beratenden Tätigkeiten des EWSA eingebunden und wirkt gemeinsam mit ihm regelmäßig am Europatag in Luxemburg mit.

Der luxemburgische WSR wurde 1966 eingerichtet. Er zählt 39 ordentliche (und ebenso viele stellvertretende) Mitglieder, und zwar: 18 Vertreter der Arbeitgeber – Unternehmensvertreter (13), Vertreter der Landwirtschaft bzw. des Weinbaus (3) und Vertreter der freien Berufe (2); 18 Vertreter der Arbeitnehmer – Privatwirtschaft (14) und öffentlicher Sektor (4) sowie zusätzlich drei unmittelbar von der luxemburgischen Regierung ernannte Sachverständige. Als ständige zentrale Beratungseinrichtung der Regierung in Fragen der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung ist der WSR das Forum für den sozialen Dialog und für die Abstimmung im Bereich Beschäftigung und Soziales auf nationaler und supranationaler Ebene bezüglich wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Probleme, für die einvernehmliche Lösungen gefunden werden müssen. Die Vorsitzende des luxemburgischen WSR, Pascale Toussing, wurde für eine Amtszeit von zwei Jahren (2015-2017) gewählt.

Im Gefüge der Institutionen ist der Wirtschafts- und Sozialrat als beratendes Organ der dreiseitigen Konzertierung an den ersten Überlegungen über Probleme im Vorfeld der Schlichtungen und endügltigen Entscheidungen beteiligt, die Sache der Regierung und der Abgeordnetenkammer sind. Daher kommt ihm eine wichtige Rolle als prospektive Kraft und Ideengeber zu. Sein Hauptziel ist die Annäherung der Standpunkte zwischen den beiden wichtigsten, häufig gegensätzlichen Kräften der Wirtschaft (Kapital und Arbeit) unter Berücksichtigung des allgemeinen Interesses. Aufgabe des WSR ist es, der Regierung durchführbare Vorschläge zu unterbreiten, die als Orientierungshilfe für Entscheidungen bei der Umsetzung der künftigen Politik dienen können.

Um die Kohärenz zwischen den Maßnahmen der Vertreter auf nationaler und supranationaler Ebene sicherzustellen, sind strukturierte Konsultationen zwischen den luxemburgischen Delegationen der supranationalen Gremien, d.h. den luxemburgischen Delegationen des EWSA, des Wirtschafts- und Sozialrats Benelux (CCES) und des WSR der Großregion Saar-Lor-Lux sowie dem luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrat eingerichtet worden.

Von links: Marco Wagener, Vizepräsident, Marianne Nati-Stoffel, Generalsekretärin, Pascale Toussing, Präsidentin, Gary Kneip, Vizepräsident.

Die luxemburgischen Mitglieder des EWSA

GOERGEN Viviane
Gruppe II – Arbeitnehmer
Ehemalige stellvertretende Generalsekretärin des Luxemburgischen Christlichen Gewerkschaftsbunds (LCGB)
info@eesc.europa.eu

HENCKS Raymond
Gruppe II – Arbeitnehmer
Mitglied des Exekutivausschusses des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds für den öffentlichen Dienst (CGFP)
Raymond.Hencks@eesc.europa.eu

RECKINGER Paul
Gruppe III – Verschiedene Interessen
Ehrenpräsident der Handwerkskammer des Großherzogtums Luxemburg
info@eesc.europa.eu

REDING Jean-Claude
Gruppe II – Arbeitnehmer
Präsident des Unabhängigen Luxemburgischen Gewerkschaftsbunds (OGBL)
JeanClaude.Reding@eesc.europa.eu

WILLEMS Josiane
Gruppe III – Verschiedene Interessen
Leiterin der luxemburgischen Bauernzentrale (CPL)
Josiane.Willems@eesc.europa.eu

WAGENER Henri
Gruppe I – Arbeitgeber
Berater für europäische Angelegenheiten, Leiter des Brüsseler Büros und ständiger Vertreter bei BusinessEurope und beim luxemburgischen Unternehmerverband Fedil
info@eesc.europa.eu

Gemeinsame zivilgesellschaftliche Prioritäten des EWSA und des luxemburgischen Vorsitzes

In einer Zeit, in der Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts durch die Wirtschaftskrise zunichte gemacht wurden und Armut und soziale Ausgrenzung zunehmen, teilt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Anliegen des luxemburgischen Vorsitzes und will das **europäische Sozialmodell** zu einem zentralen Thema machen und einen besonderen Schwerpunkt auf **Sozialinvestitionen** als Produktionsfaktor sowie auf wirksame und verlässliche Sozialschutzsysteme setzen. Der **Faktor Mensch** muss im Mittelpunkt aller Innovationen stehen, um das richtige Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Belangen zu finden.

Um die EU wieder auf den Pfad des Wachstums zu führen, wird der Ausschuss außerdem aktiv zur Ausgestaltung der von Kommissionspräsident Juncker formulierten Agenda für **Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel** beitragen. Besonderen Vorrang werden dabei die Umsetzung des ehrgeizigen Investitionspakets sowie die **Vertiefung und Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** haben.

Der Ausschuss wird die Bemühungen um eine **gemeinsame**, offenere und menschlichere **Einwanderungs- und Asylpolitik** sowie für mehr **Solidarität und eine gemeinsame Verantwortungsübernahme in der Europäischen Union** mit Nachdruck unterstützen. Ferner wird er sich für eine bessere Anerkennung des Beitrags von Zuwanderern zur europäischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie für ihre Integration in den Arbeitsmarkt, bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und die volle Achtung ihrer Grundrechte einsetzen.

Dem luxemburgischen Ratsvorsitz wird sich die Gelegenheit bieten, die ersten Ergebnisse der **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik** zu bewerten, und der EWSA bereitet derzeit eine vorläufige Bewertung in Form eines Informationsberichts zum Thema Die Reform der GAP: Modalitäten, Unterschiede, Umverteilungseffekte und sonstige Entscheidungen der Mitgliedstaaten über die Durchführung der Reform der Direktzahlungen vor.

Der EWSA wird mit der Verabschiedung einer Stellungnahme zum Klimawandel im Juni seine Position für die Klimakonferenz (COP) im Dezember in Paris bestimmen,. Er wird konkrete Empfehlungen mit Blick auf die Förderung eines maßgeblichen Beitrags der Zivilgesellschaft zum Weltklimaübereinkommen aussprechen. Zu diesem Zweck wird er eine Reihe von Veranstaltungen ausrichten und mitorganisieren, darunter eine Konferenz zu den Vorbereitungen der Zivilgesellschaft auf die COP 21, die am 19. November gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen veranstaltet wird. Besonderer Nachdruck wird auf die Berücksichtigung des sozialen Dialogs und des beschäftigungspolitischen Aspekts im Klimaschutzabkommen, Verknüpfungen mit der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung und die klimapolitische Kohärenz in zentralen Politikbereichen der EU, z.B. Landwirtschaft, Energie und Handel, gelegt werden.

Die Vereinten Nationen werden im September 2015 eine neue **Agenda für eine nachhaltige Entwicklung nach 2015** annehmen. Diese baut auf den Millenniumsentwicklungszielen auf, verknüpft sie mit den übergeordneten Herausforderungen einer globalen nachhaltigen Entwicklung und wird Ziele für eine nachhaltige Entwicklung umfassen, die bis 2030 erreicht werden sollen. Der EWSA wird im Wege von Diskussionen mit der Zivilgesellschaft, den EU-Institutionen und Gremien der Vereinten Nationen eine offene Debatte über die Umsetzung der Agenda in der EU fördern. Wichtige Fragen werden hierbei die Einbettung der Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015 in die überarbeitete Europa-2020-Strategie und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Umsetzung und Überwachung der Nachhaltigkeitsziele sein. Diese Diskussion könnte möglicherweise im Zusammenhang mit einer Sondierungsstellungnahme zur Umsetzung der Post-2015-Agenda in der EU erfolgen.

Der EWSA wird auch weiterhin den Schwerpunkt auf das **soziale Unternehmertum** legen, was voll und ganz im Einklang mit dem Zeitplan und dem Arbeitsprogramm des luxemburgischen Ratsvorsitzes steht, der es zu einer seiner Prioritäten gemacht hat. Neben seinem **Projekt *Soziales Unternehmertum: Lasst uns handeln!***, dessen Schlussfolgerungen im Herbst vorgelegt werden, arbeitet der EWSA derzeit auf Ersuchen des Ratsvorsitzes eine **Sondierungsstellungnahme** aus; darüber hinaus hat der Vorsitz den EWSA in die **Organisation der wichtigen Veranstaltungen seines Programms** eingebunden, insbesondere in seine Abschlusskonferenz am 3./4. Dezember.

Auch die **Verbraucherpolitik** steht für den EWSA ganz oben auf der Tagesordnung, und hier wiederum neue Formen des Verbrauchs, wie z.B. **der gemeinschaftliche Verbrauch oder die Wirtschaft des Teilens** (sharing economy). Anknüpfend an vorausgegangene Arbeiten zu dem Problem der **geplanten Obsoleszenz** (gewollte Verkürzung der Lebensdauer von Produkten) wird der Ausschuss eine Studie darüber einleiten, wie bessere Informationen über die erwartete Lebensdauer eines Produkts das Verbraucherverhalten beeinflussen könnten, sodass die Hersteller veranlasst werden, ihre Produktion den Erwartungen der Verbraucher anzupassen.

Der EWSA wird auch künftig in enger Zusammenarbeit mit dem **Netz der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte und anderen Interessenträgern** die Umsetzung der Europa-2020-Strategie mit kritischem Auge mitverfolgen, und ist der Ansicht, dass die Halbzeitbewertung der Strategie die einzigartige Gelegenheit für einen radikalen Kurswechsel bietet, um die Strategie zu erneuern und ihre Wirksamkeit zu steigern.

1 Die vorliegende Broschüre wurde im Juni 2015 erstellt.

Der Ausschuss wird den Dialog zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft über zentrale Politikbereiche wie das TEN-V-Netz ausbauen. Zu den Hauptinteressensbereichen werden **grenzüberschreitende Verkehrsprobleme** gehören, die als Thema für eine Sondierungsstellungnahme und eine **in Zusammenarbeit mit dem luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrat** durchgeführte hochrangige Veranstaltung vorgeschlagen werden. Darüber hinaus wird der Ausschuss seine Arbeiten zur Förderung der Defragmentierung des europäischen Luftraums fortführen und konkrete Vorschläge für eine integrierte Luftverkehrspolitik in der EU unterbreiten.

Der EWSA wird auf seine bisherige energiepolitische Arbeit aufbauen, um parallel zur Energieunion die Idee eines **Europäischen Energiedialogs (EED)** weiter voranzubringen. Mit dem EED wird ein unabhängiger Rahmen für den Dialog mit der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit den nationalen Energieplänen entstehen. Weiterhin wird der EWSA auch künftig eine größere **Transparenz bei den Diskussionen über die Atomenergie** unterstützen und dem Ratsvorsitz vorschlagen, eine Sondierungsstellungnahme zu Notfallvorsorge, Reaktion und Krisenkommunikation bei nuklearen Unfällen zu erarbeiten.

Im Mittelpunkt der Arbeiten des Ausschusses zur digitalen Agenda wird der **digitale Binnenmarkt** stehen; hierbei geht es darum, die Möglichkeiten, die ein ungehinderter Zugang von Unternehmen und Bürgern zu digitalen Waren und Dienstleistungen bietet, zu optimieren. Ein sekundäres Ziel in diesem Bereich wird darin bestehen, aufzuzeigen, wie sich Städte und Inseln dank des strategischen Einsatzes neuer, die Menschen und Infrastrukturen besser miteinander verknüpfenden Technologien so gestalten und anpassen lassen, dass sie zu intelligenten und nachhaltigen Lebensräumen werden.

Der EWSA wird aufmerksam mitverfolgen, wie die **Investitionsoffensive für Europa** umgesetzt wird, um sicherzustellen, dass den Standpunkten aller maßgeblichen Akteure der Zivilgesellschaft gebührend Rechnung getragen wird. Außerdem wird er sich auch weiterhin aktiv an der laufenden Debatte über eine bessere wirtschaftliche, soziale, politische und institutionelle **Governance im Euroraum** beteiligen, indem er angemessenes Feedback über den von den vier Präsidenten Juncker, Tusk, Dijsselbloem und Draghi erstellten neuen Bericht über die WWU gibt. Dieser Bericht ist besonders für den Inhalt des **Maßnahmenpakets zur Vertiefung der WWU** wichtig, das im Kommissionsarbeitsprogramm für das zweite Halbjahr 2015 angekündigt wird.

Der EWSA wird auch in Zukunft die Initiativen der EU zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei ihren **grenzüberschreitenden Steuerbescheiden** unterstützen und will eine neue Ära der Transparenz einläuten.

Der EWSA wird einen Beitrag zu Legislativvorschlägen und politischen Initiativen im Nachgang zu der öffentlichen Anhörung zur **Kapitalmarktunion** leisten. Das Ziel ist die Bereitstellung von Mitteln für die Realwirtschaft und die Diversifizierung der den Wirtschaftsakteuren zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten. Der EWSA wird bestrebt sein, den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern, wobei er den Schwerpunkt besonders auf die KMU legen wird.

Er wird sich auch künftig auf die **Nachbarschaftspolitik** konzentrieren. **Migration**, Jugendarbeitslosigkeit und eine stärker integrierte Zivilgesellschaft in den südlichen Ländern werden Hauptgegenstand der Aktivitäten im Zusammenhang mit der **Partnerschaft Europa-Mittelmeer** sein. Es stehen Stellungnahmen zur Agenda für Migration und zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik an. Hinsichtlich der **östlichen Nachbarn** wird die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Überwachung der Umsetzung von Assoziierungsabkommen oberste Priorität sein. Während des Ratsvorsitzes werden zwei zivilgesellschaftliche Plattformen, eine mit Moldau und eine mit Georgien, errichtet werden.

Der EWSA wird die **Entwicklungspolitik** der EU aufmerksam verfolgen, insbesondere die UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Juli, zu der er eine Stellungnahme erarbeiten wird. Sonstige Arbeiten in diesem Bereich werden die **Sozialsicherungssysteme** als Teil der Entwicklungspolitik, den Beitrag der **wirtschaftlichen und sozialen Akteure zur EU-Afrika-Strategie, die Überarbeitung des Cotonou-Abkommens** nach 2020 und die Folgemaßnahmen zu den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung für die **Zeit nach 2015** betreffen.

Weitere Prioritäten sind die Folgemaßnahmen zu den **Verhandlungen der EU über Handelsabkommen** und die Überwachung von EU-Abkommen durch die Zivilgesellschaft. Besondere Aufmerksamkeit wird den mit Moldau und Georgien geschlossenen Assoziierungsabkommen sowie den Verhandlungen mit den **USA und Japan** gewidmet.

Der EWSA wird den Vorsitz in seine Arbeiten zur **Erweiterung**, insbesondere die Einrichtung eines **Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft EU-Serbien**, einbeziehen sowie in seine Lateinamerika betreffenden Arbeiten, insbesondere mit Blick auf die Einrichtung eines **Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft EU-Chile** und den Beitrag des **Diskussionsforums EU Brasilien** zum Gipfeltreffen EU-Brasilien.

Eine innovative und solidarische Europäische Union – eine der Prioritäten der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2015 wird das Großherzogtum Luxemburg den Vorsitz des Rates der Europäischen Union übernehmen. Unser Land gehört zu den Gründungsmitgliedern der Union und hat über die Jahrzehnte hinweg zu ihrer Vertiefung beigetragen. Aufgrund seiner Geschichte und seiner geografischen Lage war Luxemburg immer bestrebt, aktiv am Prozess der europäischen Integration mitzuwirken.

Mit seinem aktiven Wirtschafts- und Sozialrat, der in die Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene eingebunden ist, ist Luxemburg ein natürlicher Verbündeter des EWSA. Besonders wichtig ist uns, dass die organisierte Zivilgesellschaft einen Beitrag zu den Entscheidungen leistet, die nach Konsultation mit den Beteiligten ergriffen werden müssen. Die Prioritäten der sogenannten Trio-Präsidentschaft der EU (Italien, Lettland und Luxemburg), insbesondere Finanzstabilität, Wachstum, Beschäftigung und digitaler Binnenmarkt, bilden die Grundlage für die Arbeit des sechsmonatigen Luxemburger Ratsvorsitzes. Die Herausforderungen, die heute vor uns stehen, sind eindeutig politischer Natur, weshalb ein rein technokratisches Konzept für das europäische Aufbauwerk inzwischen nicht mehr genügt. Wir wollen unseren Ratsvorsitz nutzen, um die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger an die Europäische Union heranzutragen.

Kernanliegen der europäischen Politik muss die Beschäftigung sein, und das Hauptaugenmerk muss ganz eindeutig auf den etwa fünf Millionen arbeitslosen Jugendlichen in Europa liegen. Dazu bedarf es einer besser ausgerichteten Beschäftigungspolitik, einschließlich der Jugendgarantie, und einer Wirtschaftspolitik, die die europäische Wirtschaft wieder auf den Weg eines inklusiven Wachstums bringt. Von entscheidender Bedeutung ist die Wiederankurbelung der Investitionen. Das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Programm kann ein erster Beitrag sein, wenn es neue und zusätzliche Investitionen gewährleistet, die es Europa und seinen Mitgliedstaaten gestatten, sich in drei strategischen Bereichen, die erhebliche Investitionen erfordern, auf künftige Aufgaben vorzubereiten: Klimawandel, digitaler Wandel und sozialer Zusammenhalt. Diese Aspekte werden bestimmend für unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften und damit auch für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalisierten Welt sein. Bei der Überprüfung der Strategie 2020 sind sie deshalb umfassend zu berücksichtigen. Europa braucht eine Wirtschafts- und Sozialregierung, die diesen großen Herausforderungen wirklich gerecht wird.

Der Luxemburger Ratsvorsitz wird besonderes Gewicht auf die soziale Dimension legen. Die sozialen Investitionen müssen nicht nur zur Modernisierung des europäischen Sozialmodells führen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und dafür sorgen, dass die Ungleichheiten, die erheblich zugenommen haben, wieder abgebaut werden. Investitionen in Kompetenzen, Wissen, Forschung und Innovation sind wichtiger denn je zuvor.

Vorsitz des Rates der Europäischen Union • GROSSHERZOGTUM luxemburg

In diesem Zusammenhang unterstütze ich voll und ganz die Überlegungen und Initiativen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Sozialwirtschaft und zum sozialen Unternehmertum, deren Innovationspotenzial und Bedeutung für die Wiederankurbelung von Wirtschaft und Beschäftigung gar nicht hoch genug bewertet werden können. Unser Ratsvorsitz betrachtet diese Aspekte als wichtige Prioritäten und will sie denn auch ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit rücken und ihnen langfristig Dynamik verleihen.

Die Neubelebung des sozialen Dialogs halten wir deshalb gerade in dieser Zeit großer Veränderungen für wichtiger denn je zuvor. Wir müssen dem sozialen Dialog neue Impulse geben und ihn wieder in Gang setzen. Zudem und über den rein technokratischen Ansatz hinaus gilt es, wirklich auf die Zivilgesellschaft zu hören. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um die europäische Demokratie lebendiger zu gestalten.

Vor uns stehen anspruchsvolle Aufgaben, und die Erfahrungen des EWSA werden eine wichtige Inspiration sein, zumal er das institutionelle Forum ist, über das die EU auf die wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zugehen kann. Die Wirtschafts- und Sozialräte, wie beispielsweise auch der Luxemburger WSR, sind ebenfalls aktive Glieder dieser Kette.

Nicolas Schmit
Minister für Arbeit, Beschäftigung und Sozial- und Solidarwirtschaft des Großherzogtums Luxemburg

Allgemeine Informationen[1] über Luxemburg

Amtliche Bezeichnung	Großherzogtum Luxemburg
Staatsform	parlamentarische Monarchie
Hauptstadt	Luxemburg
Weitere bedeutende Städte (hinsichtlich der Einwohnerzahl)	Esch-sur-Alzette, Differdange, Dudelange
Fläche	2 586 km²
Landessprache	Luxemburgisch
Verwaltungssprachen	Luxemburgisch, Französisch, Deutsch
Währung	Euro
Bevölkerung (1.1.2015)	563 000
Ausländeranteil (in % der Gesamtbevölkerung, 1.1.2015)	45,9%
BIP zu Marktpreisen (in Mio. EUR, 2013)	45 288
Pro-Kopf-BIP (in Kaufkraftstandards [KKS], EU-28 = 100, 2013)	264
Staatsverschuldung (in % des BIP, 2014)	23,2%
Inlandsbeschäftigung (2014)	395 825
Grenzgänger (2014)	164 794
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 Jahren, 2014)	72,1%
Arbeitslosenquote (nach IAA -Definition, 2014)	5,9%
Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen (nach IAA-Definition, 2013)	15,5%
Lebenserwartung (2010-2012)	Frauen: 84,3 Jahre / Männer: 79,5 Jahre
Hauptexportgüter (in % der Gesamtexporte, 2014)	Metallerzeugnisse (26%) Sonstige Fertigungsprodukte (16%) Maschinen und Ausrüstungen (16%)
Hauptausfuhrländer (in % der Gesamtexporte, 2014)	Deutschland (28%) / Frankreich (14%) / Belgien (13%)
Hauptimportgüter (in % der Gesamtimporte, 2014)	Transportmaterial (19%) Maschinen und Ausrüstungen (13%) Mineralische Brennstoffe (13%)
Hauptlieferländer (in % der Gesamtimporte, 2014)	Belgien (35%) / Deutschland (27%) / Frankreich (12%)

1 Quelle: Statistikportal des Großherzogtums Luxemburg – http://www.statistiques.public.lu/en/index.html.
2 Internationales Arbeitsamt.

Aufzeichnungen

Europäischer Wirtschafts-und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2015-32-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2015
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Print:
QE-04-15-389-DE-C
ISBN 978-92-830-2776-8
doi:10.2864/59656

Online:
QE-04-15-389-DE-N
ISBN 978-92-830-2775-1
doi:10.2864/53724

DE